

Paarpreis bis 1000 M, 35 Stück
 in Calw, Druckerei, Calw.
 Sportwagen
 Hochsein.
 Ruhestühle,
 überwaren
 kaufen Sie billig bei
 B. Pforzheim,
 und Bannstraße.



Nr. 35 Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 98. Jahrgang.
 Erscheinungswelle: 5mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Seite 80 BRT., Familienanzeigen 60 BRT., Reklamen 200 BRT. Auf Sammelanzeigen kommt ein Aufschlag von 100 % — Fernspr. 9.
 Montag, den 12. Februar 1923.
 Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 1200 BRT. monatlich, Postbezugspreis 1209 BRT. mit Beleggeld. Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Der seitherige Mißerfolg der französischen Gewaltaktion im Ruhrgebiet hat die französische Regierung veranlaßt, einen neuen unerhörten Gewaltschritt vorzunehmen. Sie hat der deutschen Regierung mitteilen lassen, daß nicht nur keine Kohle mehr ins unbesetzte deutsche Gebiet gelassen werde, sondern daß jetzt auch die metallurgischen und andere Produkte des Ruhrgebiets zurückgehalten würden. Außerdem geht der Raub von Privateigentum, Lebensmitteln und die schwerste Drangsalierung der Bevölkerung fort.

Mussolini, der „Napoleon“ Italiens, hat sich nach der in Italien üblichen großen Geste wieder der Situation angepaßt. Er hat erklärt, daß Italien nicht vermitteln könne, wenn es nicht darum ersucht werde, und wenn es einmal so weit wäre, so müsse eine Veränderung der italienisch-französischen Abmachungen eintreten, d. h. Italien will dafür, daß es zu Gunsten Frankreichs „vermittelt“, sein Feindgeld haben, ein Standpunkt, den der Italiener mit Pathos als „heiligen“ Credoismus bezeichnet.

Die englische Regierung hat die geradezu erschütternde Feststellung gemacht, daß sich in bezug auf die Ruhrgebietslage noch nichts geändert habe, also ändert man seine bisherige Ruhelage ebenfalls nicht. Die Alliierten schauen sich also das „Schauspiel“ im Ruhrgebiet weiter an.

Der Führer der türkischen Abordnung in Lausanne hat erklärt, daß er die Verhandlungen mit der Entente nicht als vollständig abgebrochen betrachte. In der Mussolifrage habe man sich geeinigt. (!)

Die französische Gewaltpolitik. Rettet das Reich.

Von Wilhelm Sollmann (Köln).
 Bis in die allerjüngste Vergangenheit haben wir Deutschen uns um die Staatsform die Köpfe blutig geschlagen. Für die Monarchie, für die Republik, für die Diktatur des Proletariats sind Deutsche im Bürgerkriege gefallen. Seit die französisch-belgische Armee in das Herz unseres Wirtschaftslebens vorrückt, geht es nicht mehr um die Staatsform, sondern um diesen Staat, um das Deutsche Reich selbst. Der Stoß, den Poincaré und Foch im unsere westliche Flanke führen, tann zum Todesstoß für Deutschland werden, wenn ihn die Massen unseres Volkes nicht zu parieren verstehen.
 Frankreich steht vor seinem in Jahrzehnten von Militärs und Wirtschaftsführern erstrebten Ziele. Es hat den Rhein, es hat die Kohlengruben an der Saar und jetzt auch der Ruhr in bewaffneter Hand. Wie ungeheuer schwer wird es für Deutschlands waffenlose Politik werden, den französischen Imperialismus im letzten Augenblick zurückzuweisen. In welcher Form Frankreich und sein belgischer Freund die Rhein- und Ruhrgebiete sich dienstbar machen werden, ist von geringer Bedeutung. Jedenfalls haben wir in diesen Januar Tagen 1923 die für die deutschen Wirtschafts- und Staatspolitiker wahrhaft fürchtbare Tatsache ins Auge zu fassen, daß der Verlust unserer westlichen Gebiete nie so unmittelbar bevorstand, nie so zur starken Möglichkeit geworden war wie jetzt. Männer und Frauen der deutschen Republik: Vielleicht stehen wir vor dem Ende.
 Vor dem Ende? Gewiß, es werden, wenn das Reich zerfällt, auch dann noch Menschen im Rheinland und Westfalen, in Berlin und Hamburg und München, im Norden und Süden Deutschlands noch leben; manche sogar recht gut. Noch ist kein Unglück über unser Volk gekommen, an dem nicht Leute mit listigen Augen und schmutzigen Händen sich raffigierig bereichert hätten. Dieses Geschmeiß

* Sollmann ist sozialistischer Reichstagsabgeordneter.

würde auch Deutschlands Ende nur mit dem Rechenstift und schmiereriger Briefstasche erleben.

Wir anderen aber, die wir irgendwo und irgendwie in Deutschland von redlicher Arbeit leben müssen? Wir werden noch ärmer werden, als wir jetzt schon sind, wenn Frankreichs kapitalistische Pläne am Rhein und an der Ruhr gelingen. Jedes nationale Unglück dieser schwarzen Jahre hat uns, den breiten Unterbau des deutschen Volkes, tiefer hinabgedrückt. Darum haben wir, die Arbeiter der Hand und des Kopfes, uns zäher, entschledener, leidenschaftlicher, entschlossener zu wehren als die deutschen Oberhäupter.

Das gilt für die von der Losreißung bedrohten Gebiete wie für das übrige Deutschland. Kein Rheinstaat, keine Frankenschönung, keine Schmeichelei französischer Sprachknechte kann die Deutschen am Rhein und an der Ruhr davor bewahren, daß ihre besten Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland zerrissen und daß sie als Ausbeutungsobjekt für das finanziell erschütterte Frankreich dienen sollen. Nie wird das gewaltige Industriegebiet in einem eigenen Staat und unter französischen Fittichen das wieder werden können, was es einmal als Glied der großen deutschen Wirtschaftsgebiete war und einmal wieder werden könnte.

Das innere Deutschland aber würde nach dem Verlust der Gruben und Hütten an der Saar und in Oberschlesien die letzte große Kraftquelle seiner Wirtschaft verlieren. Ob wir kapitalistisch denken oder sozialistisch: Ohne Kohle und Erz, ohne Schacht und Hochofen kann keine moderne Wirtschaft gedeihen. Klägliche Verkümmernng Deutschlands, dauernde Verarmung wird unser Los, wenn der „Siegeszug“ des französischen Imperialismus wirklich zu seinem Ziele eilt.

Da r u m geht es jetzt. Jeder wird seine besondere Ansicht haben über Schuld und Mitschuld, von Kreisen und Parteien an des deutschen Volkes grenzenlosem Unglück. In diesen Tagen aber können Systeme weder diskutiert noch klar gelöst werden. Nur auf festem Grunde sind Gebäude zu errichten, sie seien, wie immer. Um die letzten Grundlagen der deutschen Wirtschaft kämpfen wir nun.

Deutsch, einmal in eurer an Aufkleinlichem überreichen Geschäfte, zeigt euch einer entscheidenden Stunde gewachsen! Rettet das Reich!

Die Raub- und Erpressungspolitik geht fort.

Verbot der Ausfuhr von Produkten aller Art aus dem besetzten Gebiet nach Deutschland.

Paris, 11. Febr. (Havas.) Die französische Regierung hat dem deutschen Geschäftsträger in Paris eine Note zugehen lassen, in der mitgeteilt wird, daß vom 12. Februar ab metallurgisch und andere im besetzten Gebiet fabrizierte Produkte nicht mehr nach dem unbesetzten Deutschland abgeführt werden dürfen. Anlaß zu der Maßnahme hätten Befehle gegeben, die die deutsche Regierung ihren Beamten im Ruhrgebiet erteilt habe, durch diese Befehle versuche die deutsche Regierung Unruhen aller Art hervorzurufen. Der belgische Außenminister hat nach einer Meldung der Agence Belge dem deutschen Geschäftsträger in Brüssel eine entsprechende Note überreichen lassen.

Weitere Maßnahmen!

Essen, 12. Febr. Da die Kohlen- und Materiallieferungen an die französischen Besatzungstruppen angeblich nicht gesichert sind, hat General Fournier dem hiesigen Oberbürgermeister mitgeteilt, daß die Truppen angewiesen werden würden, sich selbst zu bedienen.

Paris, 12. Febr. Ministerpräsident Poincaré hatte gestern gegen Abend eine Besprechung mit General Degoutte über die Anwendung der weiteren Maßnahmen, die von der französischen und belgischen Regierung festgesetzt worden sind.

Paris, 12. Febr. Das Ergebnis der vorgestrigen Verhandlungen des französischen Kabinetts mit dem belgischen Außenminister Jaspar wird von dem „Petit Parisien“ wie folgt zu-

jammengesetzt: Es sei vereinbart worden, die Bemühungen auf den wichtigsten Eisenbahnlinien fortzusetzen, und neben dem französischen und belgischen Personal auch diejenigen deutschen Eisenbahner und leitenden deutschen Beamten heranzuziehen, die zur Wiederaufnahme der Arbeit gewillt seien. Hinzukomme ein System der Ausfuhrbewilligung für sämtliche Industrielle des Ruhrgebiets. Diese werde die beste Waffe gegen den Widerstand der Großindustriellen sein. In der vielerörterten Frage des Einheitskommandos habe General Degoutte als Erster Mitarbeiter wenigstens für die Wirtschafts- und Finanzfragen verlangt. Eine Entscheidung sei aber noch nicht getroffen.

Paris, 12. Febr. Die Verhandlungen über die Frage des Einheitskommandos werden fortgesetzt. Einige Blätter bleiben bei der Darstellung, daß die belgische Regierung eine allgemeine Verschärfung des Besatzungsregimes fordere. So schreibt „Deuore“: Die belgische Regierung frage sich, in welcher Form die neuen Zollfunktionen hinsichtlich der Ausfuhr der Fabrikate der Metallindustrie und der Einfuhr von Eisen erfolgen sollten. Die belgische Regierung sei bekanntlich für die Abschließung des Ruhrgebiets mit einem Schlag gewesen. Die Besetzung müsse kraftvoll durchgeführt werden. Die Einzelheiten über die Anordnungen hierfür müßten vorbereitet werden. Weitere Konferenzen würden beide Regierungen in den Stand setzen, ihre Auffassungen miteinander zu vergleichen und gemeinsam das vorzubereiten, was man bereits einen „neuen Friedensvertrag“ nenne. — Ob gerade die belgische Regierung hier vorangegangen ist, darf wohl bezweifelt werden.

Paris, 12. Febr. Ministerpräsident Poincaré hatte gestern vormittag eine Unterredung mit dem englischen Botschafter. Wie das „Journal des Debats“ mitteilt, ist gestern abend eine Anzahl höherer Beamten des Ministeriums für öffentliche Arbeiten nach dem Ruhrgebiet abgereist.

Paris, 12. Febr. General Degoutte ist gestern vormittag von Mainz kommend in Paris eingetroffen. Der Mainzer Berichtserfasser des „Echo de Paris“ nennt unter den Fragen, die aus Anlaß der Anwesenheit des Generals zur Sprache kommen sollen, das französische Oberkommando im Ruhrgebiet und seine Beziehungen zu den interalliierten Behörden im Rheinland. Im Leitartikel des „Echo de Paris“ werden jedoch daneben auch Vorschläge der belgischen Regierung erwähnt, die nach dem Blatt darauf hinauslaufen, daß ein Belgier im gleichen Rang wie Degoutte neben ihm an die Spitze der Besatzungsbehörden im Ruhrgebiet treten solle.

Paris, 12. Febr. Havas teilt in einer offenbar als halbamtlich anzusehenden Meldung mit, daß der vorgestrige Beschluß der französischen und der belgischen Regierung, den deutschen Ministern den Zutritt ins Ruhrgebiet zu untersagen, weil durch ihre Anwesenheit Unruhen hervorgerufen werden könnten, nicht bedeute, daß die alliierten Behörden beabsichtigten, beim Betreten der Besatzungszone einen Passagierchein oder einen Paß zu verlangen. Die große Zahl der Zugangswege zum Ruhrgebiet mache eine derartige Kontrolle unmöglich. Uebrigens würde es auch nur eines Flugzeuges bedürfen, um diese Kontrolle zu umgehen. Es würden jedoch auf Grund des vorgestrigen Beschlusses die deutschen Minister, wenn sie unbesetzt ins Ruhrgebiet hineingelangt seien, sofort nach Deutschland (!) zurückgebracht, sobald ihre Anwesenheit gemeldet werde.

Die Fortdauer der Gewalttaten.

Essen, 12. Febr. Gestern morgen ist Direktor Lattau von der Gewerkschaft „Zollverein“ aus unbekanntem Gründen verhaftet worden. Vorgestern abend erfolgte die Verhaftung des Bergwerksrats Ruffel von der Berginspektion Gladbach, weil er den französischen Ingenieuren den Zutritt zu den Gruben verboten und Auskunft über die Förderung verweigerte. Er ist aus dem besetzten Gebiet fortgebracht worden.

Essen, 12. Febr. Vorgestern sind hier aufs neue 3 Polizeibeamte wegen Gruberverweigerung festgenommen worden. Infolge des Verhaltens der Polizei- und der städtischen Beamten usw. ist am Samstag abend um 9 Uhr über Herne der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden.

Redlinghausen, 12. Febr. Der vor einigen Tagen verhaftete Redakteur Fischer von der Redlinghausener „Allgemeinen Zeitung“ ist vom französischen Kriegsgericht zu 6 Monaten Gefäng-

„Denkt an das Ruhrgebiet! Zeichnet das Deutsche Volksoffer!“

nis beurteilt worden. Bürgermeister Kiewer und Stadtvorordneter Rechtsanwalt Nisch sind vorgestern nachmittag von der Besatzungsbehörde verhaftet worden.

Offenburg, 10. Febr. Der Straßenverkehr ist nunmehr wieder ganz freigegeben. Die Wirtschaften können bis 10 Uhr abends offen bleiben. Die Lebensmittelversorgung in den neubefreiten Gebieten gestaltet sich von Tag zu Tag schwieriger, da die Besatzungsbehörde zahlreiche Beschlagnahmen vornimmt und auch sonst seitens der französischen Militärs umfangreiche Aufkäufe vorgenommen werden. Die körperlichen Züchtigungen werden immer häufiger. Man versucht jetzt, die unterbrochenen Verbindungen in dem neubefreiten Gebiet durch Kraftwagenverkehr wiederherzustellen. Das Verkehrsleben der Stadt Offenburg leidet schwer unter der Verkehrssperre.

Frankfurt a. M., 11. Febr. Der vom preussischen Ministerium einstimmig zum Regierungspräsidenten von Wiesbaden ernannte frühere Kultusminister Hänisch, gegen dessen Amtsantritt die Rheinlandskommission bekanntlich ein vorläufiges Veto eingelegt hatte, weichte in den letzten Tagen im besetzten Gebiet, um als Kommissar der preussischen Regierung Informationen über die wirtschaftliche und politische Lage einzuziehen. Am Samstag nachmittag wurde er aus einer Besprechung mit Landräten und Bürgermeistern des Regierungsbezirks Wiesbaden heraus durch einen französischen Beamten zu dem Oberdelegierten Marquis de Villers genötigt, der ihn ehrenwörtlich verpflichten wollte, noch vor Mitternacht das besetzte Gebiet zu verlassen. Hänisch lehnte dieses Amt an und erklärte, er werde nur der Gewalt weichen. Daraufhin wurde er dem französischen Postzeitschriftleiter zugeführt und dort einer gründlichen Durchsuchung unterzogen, gegen die er unter Berufung auf seine Immunität als preussischer Landtagsabgeordneter entschiedenen Protest einlegte. Ebenso verweigerte er die Unterzeichnung des von dem französischen Postzeitschriftleiter ausgenommenen Protokolls. Gegen 10 Uhr wurden Hänisch seine Papiere zurückgegeben und bald darauf wurde er in einem französischen Militärauto an die Grenze des besetzten Gebiets gebracht.

Raub von Arbeitslöhnen.

Mainz, 11. Febr. Der „Mainzer Anzeiger“, die „Mainzer Volkszeitung“ und das „Mainzer Tageblatt“ sind vom 12. Februar ab auf drei Tage verboten worden wegen Veröffentlichung einer Lokalnotiz über die Beschlagnahme von Geldern, die für rückständige Löhnungen usw. an die streikenden Eisenbahner bestimmt waren. In der Veröffentlichung erblickt der Oberdelegierte der Rheinlandskommission eine tendenziöse Entstellung, da die beschlagnahmten Gelder (ca. 61 Millionen) in Wirklichkeit Streikunterstützung dargestellt hätten.

Die Folgen der Beschlagnahme von Krankenhäusern.

Berlin, 12. Febr. In einem von dem „Berliner Lokalanzeiger“ veröffentlichten, von authentischer Seite stammenden Bericht über die Lage, die durch die französische Beschlagnahme von 210 Krankenhäusern in den städtischen Krankenanstalten in Essen geschaffen worden ist, werden die Folgen des bisherigen Eingreifens in den Betrieb der Krankenhäuser folgendermaßen charakterisiert: Die Augen-, Ohren- und Nasenklinik ist derartig beschränkt worden, daß ein ordnungsmäßiger Betrieb nicht mehr möglich ist. Ebenso ist jegliche Krüppelfürsorge bis auf weiteres unmöglich. Die Unterbringung von Infektionskranken kann nicht mehr sachgemäß durchgeführt werden. Wenn nur noch wenige Fälle ansteckender Krankheiten hinzukommen, sind die Krankenanstalten nicht mehr in der Lage, die Infektionskranken unterzubringen, sodaß die Gefahr besteht, daß diese Kranken in ihren Wohnungen bleiben müssen und zur Ausbreitung einer Epidemie beitragen.

Die Stilllegung des Kohlenbergbaus und der Schifffahrt.

Essen, 12. Febr. Ueber die Wirkungen der Kohlenblockade meldet die „Bergwerkszeitung“, daß sie durchaus nicht die von den Arbeitern erwartete schnelle Wirkung gehabt habe. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß der Ruhrbergbau auch die Kohlenblockade weit länger ertragen kann, als man selbst auf deutscher Seite angenommen hat. Ueber die Lage der Schifffahrt auf dem Rhein und der Ruhr wird mitgeteilt, daß die deutschen Reedereien ihre Dampferpartys vollständig stillgelegt haben. Der Schlepperverkehr von Duisburg aus bergwärts beschränkt sich daher nur auf die wenigen Schleppdampfer, die unter französischer Flagge fahren. Der größte Teil dieser Dampfer liegt aber auch außer Betrieb. Der Ripperbetrieb in den Ruhrhäfen ist vollständig eingestellt worden. Aus dem Rhein-Verne-Kanal kommen keine Schiffe mehr heraus, da die Kanalschlepper den Dienst eingestellt haben. Auch die Schleusen werden nicht mehr bedient.

Der Umfang des besetzten Ruhrgebiets.

Berlin, 10. Febr. Das „B. L.“ meldet aus Essen: Das von den Franzosen besetzte Ruhrgebiet umfaßt 14 Stadt- und 9 Landkreise mit 3 177 637 Einwohnern. Von 1242 Kilometern, die das Ruhrgebiet an den Bahnstrecken besitzt, sind bisher zwei Strecken in Länge von 70 Kilometern von den Franzosen militarisiert worden.

Die Maßnahmen auf die französische Industrie.

Paris, 12. Febr. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Le Troquer, hatte vorgestern Abend mit Vertretern des Kohlenbaus und der Metallindustrie eine Besprechung über die Maßnahmen, die die Vorgänge im Ruhrgebiet auf ihre Betriebe ausüben.

Die Streikbewegung in der französischen Arbeiterschaft.

Paris, 12. Febr. Nach einer Havasmeldung aus Nîmes hat die Gewerkschaft der kommunistischen Bergarbeiter von Alais durch Aufruf zum Generalstreik für den 18. Februar proklamiert, da die Grubenbesitzer auf das Verlangen nach Lohnerhöhung nicht geantwortet haben.

Englische Stimme über angebliche Stimmung in Frankreich.

London, 10. Febr. „Daily Express“ berichtet aus Paris, die dort herrschende Unzufriedenheit über die negativen Ergebnisse der Ruhrbesetzung werde täglich deutlicher. Die Besetzung, die zuerst begeistert unterstützt wurde, werde immer mehr mit Zweifel und Argwohn angesehen. Niemand in Frankreich glaube, daß die Entsendung von annähernd 5000 Transportfreiwilligen in das Ruhrgebiet das Problem lösen könne.

Mussolini über Italiens Politik.

Rom, 11. Febr. Ministerpräsident Mussolini erklärte gestern in der Kammer, trotz der Desorganisation im Bergbau und im Verkehrsleben des Ruhrgebiets würden dank der von den französischen und belgischen Behörden erteilten Erlaubnis die Kohlenlieferungen an Italien — wenn auch in verringertem Maße — fortgesetzt. Auch die deutsche Regierung habe die Zusammenstellung von Kohlenzügen für Italien außerhalb des besetzten Gebiets angeordnet und lasse sie teils über Innsbruck, teils über die Schweiz nach Italien leiten. Die italienische Regierung habe übrigens alle notwendigen Maßnahmen getroffen, um einer eventuellen Verschlechterung in der Kohlenlieferung Italiens vorbeugen zu können. Italien habe verhindert und werde auch weiterhin verhindern, daß die Ereignisse im Ruhrgebiet katastrophale Rückwirkungen in den Donauländern ausüben. Italien habe in der Ruhrgebietsfrage keine andere Politik verfolgen können. Eine Geste, wie Teile der linksstehenden Parteien sie gewünscht hätten, würde vollkommen unnütz gewesen sein. Sie würde Frankreich nicht verhindert haben, ins Ruhrgebiet einzurücken und vielleicht den Widerstand Deutschlands verstärkt haben. Auch eine Vermittlung sei unmöglich gewesen, denn man könne nicht ohne Aufforderung oder Zustimmung dazu vermitteln. Im übrigen habe England sich darauf beschränkt, an der Ruhraktion nicht teilzunehmen, sei aber in seiner abweichenden Auffassung nicht soweit gegangen, seine Truppen aus dem Rheinland zurückzuziehen. Bisher habe Frankreich Italien nicht darum erlucht, seiner Solidarität mit ihm stärkeren Ausdruck zu verleihen. Es sei klar, daß Italien sich in einem solchen Falle vorbehalten würde, den ganzen Komplex der Beziehungen zwischen den beiden Ländern wieder zur Diskussion zu stellen (!) Anschließend daran sprach Mussolini über den Vertrag von Santa Margherita, den die Kammer dann annahm, worauf sie sich bis auf weiteres vertage. — Die Ausführungen Mussolinis besagen nichts weiteres, als daß Italien auch dieselbe Politik verfolgt wie England: Man läßt Frankreich gewähren und macht Zugeständnisse in der deutschen Frage, wenn man von Frankreich auf anderen Gebieten solche erhält. Die Hoffnung auf Italien dürste also, wie wir stets betont haben, auch verfehlt sein.

Der Kölner Bischof über die Lage im Ruhrgebiet.

Köln a. Rh., 11. Febr. Der Sonderberichterstatter mehrerer großer Organe der italienischen Volkspartei, Gustavo Traglia, hatte, der „Kölnischen Volkszeitung“ zufolge, vor einigen Tagen eine Unterredung mit dem Kardinal Schulte über die Lage in Rheinland-Westfalen. Der Kardinal erklärte: Das deutsche Volk wird Widerstand leisten. Sein Opfermut und sein Heroismus sind wirklich bewundernswert. Wir wollen keine Zwischenfälle hervorzurufen, aber wir wollen uns auch ungerader Unterdrückung nicht beugen. Bei meinem jüngsten Besuch in Essen konnte ich feststellen, daß der Geist des Widerstands unter den Arbeitern täglich stärker wird. — Auf die Frage, ob dieser Geist die Gefinnung nur der einen Klasse oder die des ganzen deutschen Volks darstelle, antwortete der Kardinal: Er stellt die Gefinnung des ganzen deutschen Volkes dar. Das deutsche Volk hat keinerlei Kriegsgeanken. Deutschland ist heute friedlich. Keinerlei Entfaltung militärischer Macht kann heute Eindruck auf uns machen. Im Bewußtsein seines guten Rechts ist Deutschland bereit, in seinem passiven Widerstand auszuharren. Die Franzosen behaupten, daß die Arbeiter auf ihrer Seite und die Bergarbeiter gegen die Eisenbahner seien. Das ist nicht wahr. Unsere Arbeiter, welcher Kategorie auch immer sie angehören mögen, sind vor allem deutsch. Sollte durch einen Eisenbahnerstreik in der Rheinprovinz Knappheit an Lebensmitteln hervorgerufen werden, so werden die Bergarbeiter allein den Streik fortführen. Die Eisenbahner müßten und würden die Arbeit wieder aufnehmen, um der Bevölkerung die Lebensmittelversorgung zu sichern. — Auf die Frage, welches die Politik der Franzosen sei, ob sie eine rheinische Republik proklamieren wollten, antwortete der Kardinal: Sicherlich wird irgend ein Versuch in dieser Richtung gemacht werden, aber er wird nicht gelingen, weil hier niemals ein Gedanke an Separatismus bestand und alle sozialen Klassen deutsch fühlen. Die Ausrufung einer rheinischen Republik würde auf den Widerstand aller Parteien stoßen. Die Massen sehen auf die Separatisten mit Verachtung herab. Wir empfehlen unserem Volk, so schloß der Kardinal, die Verwerfung jeden Gedankens an Rache und jeden kriegerischen Widerstands.

Der belgische Sozialistenführer zur Lage.

Paris, 10. Febr. Der belgische Sozialistenführer Vandervelde, hat dem Korrespondenten des „Deure“ gegenüber über die Rundgebung ausgesprochen, die der französische Sozialistenkongress in Lille unter Mitwirkung ausländischer Sozialisten veranstaltet hat. Vandervelde legt dem Eingriff des Völkerverbands Bedeutung bei. Sein Reparationsprogramm sei folgendes: Es müsse zu einer Festsetzung der deutschen Schuld kommen, wobei diese auf das herabgemindert werden müsse, was die Reparationsanträge der verwüsteten Gebiete erfordern. Dann sei die deutsche Auslandsschuld auf ein vernünftiges Maß zurückzuführen. Die deutsche Inlandsschuld sei infolge der Entwertung der Mark so gut wie auf nichts herabgesunken.

Deutschlands Industrie sei nach wie vor mächtig. Sein Kredit werde nach dieser Regelung mit einem Male wieder hergestellt sein und sofortige Zahlungen an Frankreich und Belgien seien möglich. Solange dagegen die deutsche Schuld praktisch unbegrenzt bleibe, weil sie auf die eklatante Ziffer von 132 Milliarden Goldmark festgesetzt sei, werden die Deutschen alles Erdenkliche tun, um sich aller Zahlungen zu entziehen. Werde die deutsche Schuld dagegen herabgesetzt, beispielsweise auf 50 Milliarden Goldmark, dann hätte Deutschland das stärkste Interesse daran, seine Verpflichtungen zu erfüllen, um die militärische Besetzung los zu werden.

England will keine Ruhrkohl durch seine Besatzungszone lassen.

London, 10. Febr. (Reuter.) Die britische Regierung erteilte auf die Anfrage der französischen Regierung, welche Erleichterungen für die Durchfahrt von Zügen mit Reparationskohle vom Ruhrgebiet im Falle eines Generalstreiks auf den deutschen Bahnen von den englischen Besatzungsbehörden gewährt werden könnten, da die Hauptlinie vom Ruhrgebiet durch die von englischen Truppen besetzte Zone führe, bisher noch keine Antwort. — Die amtlichen Londoner Kreise sind der Ansicht, daß die beiden Linien, die vom Ruhrgebiet nach Frankreich führen, ohne die britische Zone zu berühren, mit Leichtigkeit für den gegenwärtigen täglichen Kohlenverkehr genügen würden und drücken die Hoffnung aus, daß die französischen amtlichen Stellen die Schwierigkeiten, denen die britischen Behörden sich im Rheinland gegenübersehen, nicht dadurch vermehren werden, daß sie auf ihrer Forderung auf Durchlauf von Kohlenzügen durch das britische Gebiet bestehen. — So „tragisch“ wird man diese Meinungsverschiedenheit nicht nehmen dürfen.

Die englische Schenkelpolitik.

London, 10. Febr. „Daily Telegraph“ berichtet, daß in der gestrigen Sitzung des britischen Kabinetts die Lage im Ruhrgebiet und die Maßnahmen, die auszuführen werden würden, wenn die Lage der britischen Garnison in Köln durch die Entwicklung in den benachbarten Zonen schwieriger gestaltet werden sollte, erörtert wurden. Die Meinungen innerhalb des Kabinetts sei während der letzten Tage geteilt gewesen. Die Berichte aus dem Ruhrgebiet zeigten, daß in der allgemeinen Lage keine wesentliche Änderung vor sich gegangen sei.

Zum Bergarbeiterstreik im Saargebiet.

Saarbrücken, 11. Febr. Infolge des Bergarbeiterstreiks sieht sich die französische Grubenverwaltung gezwungen, den erzeugten elektrischen Strom für die Gruben zu reservieren und die Versorgung der übrigen Stromabnehmer einzustellen.

Zur auswärtigen Lage.

Die Haltung der Türken.

Bukarest, 10. Febr. Die türkische Delegation zur Lausanner Konferenz ist unter Führung Ismed Paschas hier eingetroffen. Sie begibt sich am Dienstag über Constanza nach Angora. Wie die Telegraphenagentur Orient-Radio meldet, erklärte Ismed Pascha einem Berichterstatter: Die Unterbrechung der Lausanner Konferenz wurde durch die Verschiedenheiten in der Beurteilung der finanziellen und rechtlichen Fragen veranlaßt. Er hob dabei hervor, daß diese Fragen die einzigen waren, in denen seitens der türkischen Delegierten Einwände gemacht wurden. In der Moskaufrage sei man zu einer Vereinbarung gekommen. Ismed Pascha betonte weiter, daß die Abreise der türkischen Delegation von Lausanne nicht als definitiv angesehen werden könne, da ihr von den alliierten Mächten eine amtliche Benachrichtigung über den Schluß der Konferenz nicht zugegangen sei. Die Gesinnungen der Türkei seien durchaus friedlich, was keineswegs bedeute, daß sie eine Mißachtung ihrer Rechte hinnehmen würde. Die Türkei müsse daher die Verantwortung für zukünftige Ereignisse ablehnen.

Irland als „Frei-Staat“.

London, 9. Febr. James Mac Neill ist in London einbetroffen, um das Amt des Oberkommissars des britischen Freistaats zu übernehmen. Damit ist die Stellung des irischen Freistaats die gleiche wie die zwischen den anderen britischen Dominions und der Reichsregierung.

Bermischtes.

Die Frage der Wohnungsabgabe.

Berlin, 10. Febr. Der Wohnungsausschuß des Reichstags hat die Wohnungsabgabe endgültig auf das Dreifache der Friedensmiete festgesetzt. Davon soll ein Beitrag von 40 Mark auf den Kopf der Bevölkerung in einen Ausgleichsfonds abgeführt werden.

Si t moro.

Berlin, 10. Febr. Nach einer Meldung des „Lokalanzeigers“ wurde gestern nachmittag in einer Likörstube in Friedenau an einem Butterhändler ein raffiniertes Giftmord verübt. Der Händler hatte in der Likörstube die Bekanntschaft einer 32jährigen Kontoristin gemacht, dieser von seinen glänzenden Geschäften erzählt und seine Briefstapsche mit einer größeren Barsumme vorgewiesen. Darauf hatte das Mädchen aus einer Apotheke für 4000 Mark Medizin, und zwar, wie die Kriminalpolizei feststellte, Opium, holen lassen und dieses in bittere Schnäpse gemischt. Bald darauf sank der Händler bewußtlos zu Boden. Das Mädchen, das plötzlich verschwunden war, konnte auf der Straße festgenommen werden. Es hat seinem Opfer anscheinend den größten Teil des Geldes geraubt.

Ein

London
folge einer
122 Berga
schaften b
Nachrichten

Clara M
fehlt über d
„Gartenlau
„Seit ein
allen Seiten
Milliardä
lösen und
der Fifth
Berlin sein
Reichen de
Häuser an
einmal Bo
auch sehr
fahrt erlei

Zeh selbst
gibt deren
bei uns nit
nung von 1
Bade- und
son und fl
kann vom
den. Es gl
Der Bl
Stroße um
hoch hinau
kleine Zeit
Ein tief g
grün und
— alles S
Und da
Unbeschie
hat die St
scheinbar
haste bun
sieht man
ligen Licht
Straßenzei
schwüben
die bunten
Ja, die
York die
mobilit. M
haben, ein
werden m
Frauen un
gleitet un
mobilen. I
ist es, als
zwischen b
Elektrische
überqueren
ziger Stra
fahren und
leute, farb
Auch auf
bahnen wi
Wie ist
land laun
scheint über
so‘alen all
alles habe
zur Tasse
gerichtete

1)

1)

1)

1)

1)

1)

1)

1)

1)

1)

1)

1)

Ein Bergwerkunglück in Nordamerika.

London, 10. Febr. Reuter meldet aus Denver: Infolge einer Explosion im Steinkohlenbergwerk Dawson sind 122 Bergarbeiter verschüttet worden. Die Rettungsmannschaften bargen bisher 100 Tote. Weitere unbestätigte Nachrichten sprechen von 400 Toten.

Wie man in New-York lebt.

Clara Kahl, eine unserer bekanntesten Schriftstellerinnen, weist jetzt über dem großen Wasser und erzählt im neuesten Heft der „Gartenlaube“ über ihre Eindrücke in New-York:

„Seit einiger Zeit sehe ich mir das von oben, unten und von allen Seiten an. Wenn ich, von oben“ sage, so darf niemand an Milliarden denken. Sie wohnen in ihren teils recht geschmacklosen und häufig ganz schmalen engbrüstigen Häusern dicht an der Fifth Avenue, einer Straße, die mit der Tiergartenstraße in Berlin keinen Vergleich aushalten kann. Ich stellte mir vor, die Reichen der Fifth Avenue hätten erlesen schöne Villen. Nein, die Häuser an der Fifth Avenue haben mit wenig Ausnahmen nicht einmal Vorgärten. Dafür haben die Reichen große und gewöhnlich sehr schöne Landhäuser, die sie in 5-8 Stunden Automobilsfahrt erreichen können...

Ich selbst wohne im 15. Stock, einer Art Siegestackanlage. Es gibt deren viele. Sie sind fast alle eine Art Hotels, wie man sie bei uns nicht kennt. Man kann möblierte und unmöblierte Wohnung von 1-4 Zimmern in ihnen haben. Jede Wohnung hat ein Bade- und Ankleidezimmer, eine Garderobekammer, ein Telefon und fließendes warmes und kaltes Wasser. Jede Mahlzeit kann vom unten gelegenen Restaurant ins Zimmer bestellt werden. Es gibt langjährige Mieter in diesen Häusern...

Der Blick von meinem 15. Stock aus zeigt die mächtige Stadt Straße um Straße, Block um Block, immer durchbrochen von den hoch hinaufstrebenden Bauten. Kein Gewirr, keine trümmerle, keine Zeichnung! Alles klar und sicher und wundervoll farbig! Ein tief glühendes Rot herrscht vor, dazwischen Braun, Graugrün und Violet. Kein Baum, keine Blume, nicht einmal Vögel — alles Stein, alles Linie, Farbe.

Und darüber der perlgraue Himmel des Indianersommers. Unbeschreiblich schön wird es, wenn alle Lichter brennen. Dann hat die Stadt ungeahnte Reize. Oben im durchleuchteten Grau, scheinbar ganz ohne Zusammenhang mit der Erde, stehen riesenhafte bunte Schriftzeichen und Bilder der Reklame. Allmählich sieht man die Konturen, gigantische Umrisse, Flächen mit unzähligen Lichtern besetzt. Die vielen, vielen erleuchteten Fenster! Straßenzellen voll Leben und Farbe, weit fort im Dunst verschwindend, und unaussprechlich die Scheinwerfer der Automobile, die bunten Lichter, die den Verkehr regeln...

Ja, diese Automobile! Die und die Hochbauten geben New York die eigene Note. Jeder sechste New Yorker hat ein Automobil. Man kann ja für 250 Dollar schon einen eigenen Wagen haben, ein entzückendes Stadtcoupe für 395 Dollar. Die Wagen werden meist von den Besitzern selbst gefahren, sehr häufig von Frauen und jungen Mädchen. In allen Hauptstraßen New-Yorks gleitet ununterbrochen rechts und links eine Kette von Automobilen. Wenn man von einem hohen Gebäude herabsteht, so ist es, als ob die Straßen von großen Tieren wimmelten. Dazwischen bewegen sich die großen Omnibusse, Geschäftswagen und Elektrischen ruhig und exakt. Es ist leichter, den Broadway zu überqueren als in Berlin den Kurfürstendamm oder die Leipziger Straße. Einmal wird rücksichtslos und vollendet gut gefahren und dann ist die Regulierung des Verkehrs durch Schutzleute, farbige Scheiben und bunt wechselnde Bilder vorbildlich. Auch auf den Autobussen, in den Elektrischen und Untergrundbahnen wickelt sich der Verkehr ruhig und gefahrlos ab.

Wie ist nun der New Yorker? Ausgezeichnet, wie in Deutschland kaum in Vorkriegszeiten. Die eigene Haushaltsführung scheint überflüssig. Das innere New York ist überflutet von Speisekosten aller Art. In den verschiedensten Restaurants kann man alles haben, was man will, von den raffiniertesten Speisen bis zur Tasse Kaffee mit Sandwich. Es gibt auch vorzüglich eingerichtete Restaurants mit Selbstbedienung. Das alles sind keine

Luxusstätten, die es natürlich auch gibt. Mir kommt es darauf an, zu zeigen, wie ein gebildeter Mensch, der im Erwerbsleben steht, leben kann. Er kann mit fünf Dollar am Tag sehr gut auskommen. Zwei Dollar für die Wohnung, zwei Dollar für die Beköstigung und einen Dollar für laufende Nebenausgaben. Doch wer die Amerikaner kennt, der weiß genau, daß es nicht so leicht ist, diese fünf Dollar täglich einzunehmen. Die Hochachtung vor dem Gelde ist hier grenzenlos; man trennt sich schweren Herzens von ihm. Es ist eine Wahnvorstellung, daß Geld hier auf der Straße liegt. Man muß Tüchtiges leisten und für den Anfang Beziehungen und Freunde haben, sonst hat man keine Aussicht, Fuß zu fassen.

Wer Verwandte, Freunde und Bekannte im Ausland hat, sende ihnen deutsche Zeitungen, Sorge Jeder in seinem Teil dafür, daß deutsche Blätter im Ausland die weitest verbreitet sind, denn jedes einzelne Blatt kann dort deutschem Interesse dienlich sein.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 12. Februar 1923.

Der Opferwille des deutschen Volkes.

Der Geschäftsstelle des Deutschen Volksoffiziers stehen bis zur Stunde neben einer Anzahl Devisen rund 1,6 Milliarden Papiermark zur Verfügung. Nicht einbezogen sind in diesen Betrag die bei den Sammelstellen und vielfach gebildeten Landesauschüssen noch vorhandenen Beträge. Ebenso stehen Sendungen aus dem Ausland noch aus. Die Franzosen haben in dem besetzten Rheinland den Ausruf des Aufrufs der Reichsregierung und der Regierungen der Länder verboten. Die Mittel sind nicht nur dem Ruhrgebiet, sondern auch dem altbesetzten Gebiet am Rhein zugute zu kommen bestimmt, wo nach den bisher vorliegenden Mitteilungen die durch den Einbruch der Franzosen und Belgier entstandenen Nöte zurzeit vielfach größer sind als im eigentlichen Ruhrgebiet. Der in dem Aufruf erwähnte Vertrauensauschuss des Deutschen Volksoffiziers wird in den nächsten Tagen zusammentreten und endgültige Beschlüsse über die Verwendung der Mittel fassen. Erhebliche Mittel sollen zur Ergänzung der sehr weitherzigen öffentlichen Hilfe in den Fällen dienen, in denen diese nicht ausreicht. Zwischen dem Deutschen Volksoffizier und der Ruhrhilfe, die die Wirtschaft geschaffen hat, und welche auch die freiwillig in Abzug gebrachten Löhne und Gehälter in sich begreift, ist enges Einverständnis hergestellt worden. Von der Landwirtschaft sind bis Mittwoch 400 Waggons freiwillig gespendeter Lebensmittel nach der Ruhr abgerollt worden.

Allgemeiner deutscher Beamtenbund und Beamtentlassungen.

Der Landesauschuss Württemberg des Allgemeinen deutschen Beamtenbundes hat wegen der Entlassung von Beamten eine Entschlieung gefaßt, in der es heißt: „Auf Antrag der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter, Landesstelle Württemberg, befaßt sich der Landesauschuss des Allgemeinen deutschen Beamtenbundes mit dem Erlass des Reichsverkehrsministers vom 12. Januar 1923, der die Entlassung von rund 13 000 Beamten vorsah. In einer Einspruchsentscheidung

wird erklärt, daß der Landesauschuss in diesem rücksichtslosen Vorgehen einen Angriff auf das Berufsbeamtentum und eine Herausforderung der Gewerkschaften erblicke. Der Reichsverkehrsminister habe sich über die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Dienstvertrages der Beamten hinweggesetzt und dadurch nicht nur die Lebensinteressen des einzelnen zu entlassenden Beamten, sondern der ganzen Beamtenschaft verletzt. Es sei festgestellt, daß die größte Zahl der zu entlassenden Beamten durch Hilfskräfte wieder ersetzt werden müßten und durch die notwendige Einstellung dieser ungeübten und nicht vorgebildeten Kräfte eine dauernde finanzielle Entlastung nicht in Frage komme.“

Industriespionage des Feindbundes.

Die „Württ. Industrie“ schreibt: „Zeitungsberichte zufolge versuchen Offiziere früherer Feindstaaten unter Berufung auf die im Friedensvertrag der interalliierten Militärkontrollkommission eingeräumten Befugnisse, sich Eingang in industrielle Betriebe zu verschaffen. Diese Meldungen geben uns Veranlassung, diejenigen Firmen, die im Zusammenhang mit der industriellen Ausrüstung der Kontrolle durch die interalliierte Militärkontrollkommission ausgesetzt sind, darauf hinzuweisen, daß sie solchen Offizieren, die nicht in Begleitung eines deutschen Verbindungsoffiziers erscheinen, im eigenen Interesse den Eintritt in die Betriebe verweigern. Wir bitten die Firmen, gegebenenfalls dem Verband Württ. Industrieller, Handelshof Stuttgart, von derartigen Vorkommnissen Mitteilung zu machen.“

Nachforderung der Abonnementsgebühren.

Die Landwirtschaftliche Korrespondenz schreibt: Die Zeitungsverträge sind in letzter Zeit wiederholt gezwungen gewesen, im Laufe eines Vierteljahres auf die zum voraus bezahlten Bezugsgebühren für die Zeitungen Nachforderungen zu erheben. Diese Nachforderungen hatten ihre Berechtigung darin, daß Papierpreise, Materialpreise und Löhne im Lauf des Vierteljahres unvorhergesehen sich steigerten, sobald es nicht möglich war, mit den auf Quartalsanfang erhobenen Vierteljahrsgebühren auszukommen. Viele Leser haben sich der Notwendigkeit, diese nach erhobenen Beiträge zu bezahlen, verschlossen und haben so das Erscheinen ihrer eigenen Zeitung in Frage gestellt. Hauptächlich vom Land werden solche Erscheinungen klagend berichtet. Der Landwirtschaftliche Hauptverband steht auf dem Standpunkt, daß der Bauer die Zeitung, die ihm alles Wissenswerte hauptsächlich auch in wirtschaftlichen Dingen mitteilt, nicht im Stich lassen soll, wenn sie gezwungen ist, unter dem Druck der Verhältnisse die ihr zukommenden Gebühren der Selbstwertanzupassung. Die Pressearbeit des Landw. Hauptverbandes wird sehr erwünscht, oft sogar unmöglich gemacht, durch diese unverständliche Ablehnung wirklich berechtigter Forderungen. Der Einfluß auf eine Presse haben will und wer besondere Leistungen von ihr verlangt, der muß seine Forderungen mindestens durch eine vollbezahlte Abonnementsquittung legitimieren können. Wenn man die zur Erhebung kommenden Nachforderungen ins Verhältnis bringt zu der allgemeinen Selbstwertanzupassung, so sind diese Beiträge für den einzelnen Landwirt so lächerlich gering, daß es blamabel wäre für den ganzen Stand, wollte auch nur ein Bauer aus diesem Grund auf den Weiterbezug seiner Zeitung verzichten. Andererseits aber sind die kleinen Einzelbeiträge verkaufsfähig für die Zeitungsverlage Summen, ohne deren Besitz sie ihre Betriebe und ihre Zeitungen nicht auf der wünschenswerten Höhe halten können. Es ist deshalb nicht nur billig, sondern auch klug von unseren Landwirten, wenn sie ihre Presse in dieser Zeit der Not sich verpflichten.

Landtag.

(S.C.) Stuttgart, 8. Febr. Im Landtag gab es heute zum Kapitel 80 des Finanztats (Ablösung der Zivilliste) längere und nicht gerade erquickliche Auseinandersetzungen über die Frage einer Erhöhung der der Herzogin Charlotte zustehenden Rente. Während sich die Regierung und die Mehrheit des Finanzausschusses auf den Standpunkt gestellt hatten, daß die Rente als eine staatsrechtliche Pension anzusehen und demnach ebenso wie die Beamtengehälter zu erhöhen sei, wurde dies von kommunistischer und sozialdemokratischer Seite bestritten mit der Begrün-

Das Eulenhäus.

Roman von E. Marlitt.

1.

Die Goldregen- und Syringenblühe in den Hofwinkeln des Geroldshausen Gutes frohten heuer von Dolden und Trauben; das Brunnwasser fürzte, durchfunkelt vom jungen Maifronnenlicht, mit kräftigem Getöse in den Steintrog, und auf den Stalls und Scheunendächern lärmten die Spagen. Es schien, als blühe, dufte und lärmte es heute stärker als je auf dem Geroldshausen, so recht wie im Gefühl der Heimatsfreude, denn die Blühe, der Brunnen und das alte Sperlingsgeschlecht in seinen Nesterchen, verroteten Nestern, sie blieben ja da, sie wurden nicht vertrieben, wie die aufgeschreckten Spinnen und Motten hinter fortgerückten uralten Schränken und Truhen im Gutshaus. Ja, schlumm genug sah es aus da drinnen, fast wie im Kriege: so zahl waren die Wände und ein so wildes Durcheinander lag und stand auf den Dielen des Speisezimmers! ... Da war nichts von dem, was brave Hausfrauen in den Wäschepinden und Bettkammern und ihre Cheferren an Haus-, Silber- und Jagdgerät aufgesammelt hatten, das nicht in diesen Saal mußte, um sich von fremden kaltpfrenden Augen anschauen zu lassen und nachher auf weit auseinanderlaufenden Wegen gestreut und aus aller Gemeinschaft gerissen in die Welt zu wandern.

Wie sie beleidigend durch die offenen Saalfenster herausklang, die wie mit diesem Möbel- und Bücherstaub besetzte Geroldshausen bei ihrem eintönigen „Zum ersten, zum zweiten usw.“! Es war fast zum Bewundern, daß nicht einer der alten Westengen seinen jahrhundertelangen Schlaf abschüttelte, um bei dieser Stimme mit dem Nachdruck „von Rechts wegen“ protestierend aus dem unterirdischen Eingewölbe der nahen Hauskapelle herauszufahren. Da drunter schliefen ja so manche Männerknecht, die einst kräftig dreingeschlagen, um das,

was sie an Hab und Gut erworben oder vielleicht auch sich gewaltig angeeignet, mit Mord und Totschlag zu behaupten. Aber der letzte Besitzer von Geroldshaus, dem jetzt alles, was nicht niert- und nagelfest war, so vor den Augen weggeschleppt wurde, hatte gesänktes Blut in den Adern. Er war ein edel schöner Mann mit verschleierte blickenden Augen, mit einer Stirn, die das Sinnen und Grübeln faltete und zugleich verklärte.

Er sah in seiner Stille, just in dem Winkel gelegenen Hinterstube, wo sich das Syringengebüsch hoch bis über das Fenster hinaufstreckte. Die weißen und blauen Willentrauben klopften bei jedem Windhauch schaukelnd an die Scheiben, die, fest geschlossen, den Versteigerungslärm vom Speiseaal her ziemlich erfolgreich abwehrten und nur ganz vereinzelte, schwache Laute herüberklingen ließen.

Herr von Gerold schrieb an einem Tisch von Fichtenholz, den man ihm großmütig aus der Konkursmasse überlassen. Für ihn war es offenbar nicht von Belang, daß sein Manuskript jetzt auf der wohlgeschuerten Platte eines Gefindelsches lag; sein Geist, der Augenwelt abgewandt, vertiefte sich in Probleme, während die Hand kleine, weicher schwimmende Schriftzüge auf das Papier warf; und nur dann wurde sein Aufblick bewußter und so etwas wie liebevolle Freude an einem plötzlich auftauchenden Kindergezicht glitt über seine Züge, wenn die Syringenblüten draußen ihm zunickten.

Es war aber außer ihm noch jemand im Zimmer, ein kleines, blasses, blondhaariges Mädchen, das sich in eine der Fensterenden gedrückt hatte. Dem kleinen Ding lag etwas genau so am Herzen, wie dem schreibenden Mann dort sein Manuskript — die Spielkameraden. Es hatte in dem Winkel alles zusammengehoppelt, was ihm allein gehörte, ja, ganz allein! Das schönemalte Porzellanfaßgeschloß für eine Kindergesellschaft hatte die gute Hofeist geschickt, und alle Puppen, die Schleppeleiderdamen wie die Schreierchen, waren zu Geburtstag und Weihnachten in

langen Kisten angekommen, und auf die Bretterbedel hatte Tante Klaudine allemal selbst geschrieben: „An die kleine Elisabeth von Gerold“ — der Papa hatte es ja stets dem Kinde vorgelesen.

Nun sah diese kleine Elisabeth inmitten ihrer Reichtümer wie in einem Nest, das jüngste Widelfind im Arm und die großen Blauaugen sahen und ängstlich auf die Tür gehetzt, wo vorhin die bösen Männer mit den letzten Wäldern und der schönen „Tadach“ hinausgegangen waren.

Sie packte sie leise beschwichtigend auf das Widelfinden; sonst aber verhielt sie sich mäusefinkig; denn der Papa machte ja immer ein so erschrecktes Gesicht, wenn sie ihn im Schreien flüchte. Und es kam auch jetzt kein Laut aus ihrem Munde, als plötzlich die geschnitzte Tür lautlos aufging; aber die Widelfind puppe glitt vom Schoße auf die Erde nieder, — die kleine dicke Per'on erhob sich von ihrem Korbflüschchen, wackelte, so schnell es die Reinken vermochten, durch das Zimmer und hob mit glühendstrahlendem Gesicht die Arme zu der Dame empor, die eingetreten war.

„Ach, sie war gekommen, die Tante Klaudine, die schöne Tante, die dem Kinde vieltausendmal lieber war, als Fräulein Duval, die Erzieherin, die immer zu den anderen Leuten im Saule gesagt hatte: „Fl done, was für ein raures Haus! Nichts für Claire Duval! — Ich gehe!“ Und sie war gegangen und war gar nicht mehr gut und höflich zu dem Papa gewesen, und das Kind hatte sich nachher die Wangen rein geliehen von Fräulein Duvals kaltem, häßlichem Kuß ... Ja, das war nun freilich anders, als jetzt zwei weiche Hände es sanft emporhoben und ein süßer Mund es zärtlich küßte ... Und dann glitt die junge Dame eben so geräuschlos, wie sie gekommen, über die Dielen — nur das dunkle Seidenkleid knisterte ein wenig — und legte die Hand auf die Schulter des schreibenden Mannes.

(Fortsetzung folgt.)

ding, daß das Königshaus durch den Staatsvertrag endgültig abgefunden sei und daß es in die Pflichten der herzoglichen Familien falle, für die Herzogin Charlotte zu sorgen. Die Abgg. Dr. Baur (Ztr.), Dr. Mühlberger (Dem.) und Bides (D.B.) wandten sich ebenso wie der Abg. Bazille (B.P.) gegen die Auffassung der Linken, bedauerten den Ton, in dem über diese Taktfrage gesprochen wurde und letzterer stellte fest, daß jetzt, wo ein hasserfüllter Feind das deutsche Volk vernichten will, eine Regierungspartei nichts anderes zu tun habe, als Ausführungen zu machen, die unsere Feinde nur erfreuen können. Der Antrag auf Erhöhung der Rente wurde dann gegen die Stimmen der Linken angenommen, ebenso die Entschliebung, daß die Erben des Königs nun ihre vermeintlichen Ansprüche nicht weiter verfolgen sollen. Sodann begann die Beratung des Kulets. Zu der Bitte des Abg. Dr. Baur (Ztr.) um Unterstützung des Umbaus des Priesterseminars wurde regierungsseitig erklärt, daß das letzte Wort in dieser Sache noch nicht gesprochen sei. Ein Zentrumsantrag, die geplante Neuregelung der Grundgehälter der katholischen und evangelischen Geistlichen mit tunlichster Beschleunigung durchzuführen, wurde angenommen. Im übrigen wurden die Kapitel 41—47 erledigt, während es zu Kap. 48 (Universität) wieder eine längere Aussprache gab, in der die Not der deutschen Wissenschaft betont, der Dank für die Studentenhilfe ausgesprochen und der kommunistische Vorwurf zurückgewiesen wurde, daß die studentische Jugend systematisch zum Klassenkampf gegen die Arbeiter erzogen werde. Morgen Fortsetzung der Beratung.

(S.C.B.) Stuttgart, 9. Febr. Der Landtag setzte heute vormittag die Debatte über Kapitel 48 (Landesuniversität) fort. Im Mittelpunkt der Erörterung stand ein Antrag des Zentrums, die außerordentliche katholische Professur für Geschichte in eine ordentliche zu verwandeln und eine katholische Professur für Philosophie in Tübingen zu errichten. Für den Antrag wurde von Dr. Baur (Ztr.) geltend gemacht, es sei doch kein Zufall, daß seit hundert Jahren auf die fragliche Professur kein Katholik berufen wurde. Die Frage müsse praktisch im Interesse des Schutzes der Minderheiten gelöst werden. Von gegnerischer Seite wurde ins Feld geführt, daß von einer Freiheit der Wissenschaft nicht mehr gesprochen werden könne, wenn etatsmäßige Professuren auf eine bestimmte Weltanschauung festgelegt werden. Auch Kultminister Dr. Sieber äußerte Bedenken vom Standpunkt der Freiheit der Wissenschaft. Der Kultminister kündigte im übrigen eine Neuregelung der Besoldungsverhältnisse der Universitätsprofessoren sowie der Assistenten an, dankte für die Studentenhilfe, bezeichnete manche äußerlichen Formen des Studententums als nicht mehr zeitgemäß und betonte die Notwendigkeit, die Universität wettbewerbsfähig zu machen, damit sie auch künftig ein Kleinod des Landes sei. Der Zentrumsantrag erforderte mehrere namentliche Abstimmungen. Zunächst wurde seine Überweisung an den Finanzausschuß abgelehnt, sodann der Antrag selbst mit 33 (Soz., Komm., Dem.) gegen 18 Stimmen (Ztr., 1 D.B.) bei 28 Enthaltungen (B.P., B.P., 2 D.B.). Die Rechtsparteien erklärten die Stimmenthaltung damit, daß die Möglichkeit näherer Prüfung gefehlt hat. Ein Eventualantrag, die beiden Professuren im nächsten Etat zu bewilligen, wurde gleichfalls abgelehnt und schließlich der Titel 1 des Kapitels 48, in dem die außerordentliche katholische Professur enthalten ist, von sämtlichen 79 Abgeordneten angenommen. Weiterhin wurden genehmigt Kapitel 49 (Landwirtschaftliche Hochschule in Hohenheim), Kap. 80 b (Zuschuß zur Landesparafasse), Kap. 50 (Landw. Fachschulen) und Kap. 51 (Technische Hochschule). Bei letzterem gab es wieder eine Debatte, wobei einerseits Förderung der Leibübungen und Ausbildung des Coureur-Studententums sowie der Mensuren gefordert wurden, während andererseits den Studenten blöder Antisemitismus und Verächtlichmachung der Republik vorgeworfen, sowie die Auffassung vertreten wurde, daß das Mensurenwesen wenig zur körperlichen Ertüchtigung beitrage. Morgen Fortsetzung.

Ständig. Inferieren bringt Erfolg!

tismus und Verächtlichmachung der Republik vorgeworfen, sowie die Auffassung vertreten wurde, daß das Mensurenwesen wenig zur körperlichen Ertüchtigung beitrage. Morgen Fortsetzung.

Sommenhardt, 12. Febr. Eine Sammlung für unsere notleidenden Volksgenossen im Ruhrgebiet hat in der hiesigen Gemeinde (einschließlich Lüthenhardt und Kenntheim) den schönen Betrag von 176 000 M ergeben.

Dedenpfronn, 12. Febr. Die in hiesiger Gemeinde durch das Schultheißenamt vorgenommene Sammlung für die notleidende Bevölkerung des Ruhrgebiets hat einen überaus großen Erfolg gehabt. Es wurden 816 925 M gespendet.

(S.C.B.) Neuenbürg, 10. Febr. Am Samstag früh brach in dem Anwesen der Christian Meßgerschen Gerberei und Schlederfabrik Großfeuer aus, das in den aufgestapelten Gerbrindenvorräten reichlich Nahrung fand. Dank dem energischen Eingreifen der hiesigen Feuerwehr konnte das Feuer auf seinen Brandherd beschränkt werden. Der Schaden ist groß, die Entstehungsursache bis jetzt unbekannt.

(S.C.B.) Freudental, O.M. Besigheim, 10. Febr. Schultze a. D. Kübler erhielt in letzter Zeit von zwei Freunden in Amerika, zwei Freudentalern, 40 Dollar für hiesige Arme und 5 Dollar für ein Kriegerdenkmal; von der früheren Besitzerin des hiesigen Schlosses, zurzeit in Amerika, 10 Dollar zu gleichen Zwecken.

(S.C.B.) Pfaffenhofen, O.M. Bradenheim, 10. Febr. Am Freitag morgen fuhr der Zug der Zabergäubahn oberhalb von hier in eine Schafherde hinein, die aus dem neben der Bahn liegenden Pferd ausgebrochen war. Ungefähr 12 Mutterstiere wurden getötet und einige weitere verletzt, die notgeschlachtet werden mußten.

(S.C.B.) Raupheim, 10. Febr. Karl Rümme in Newyork hat neuerdings seiner Vaterstadt 1500 Dollar (nach dem heutigen Kurse rund 50 Mill. Mark) zur freien Verfügung überwiesen.

(S.C.B.) Rünzelsan, 10. Febr. Bei der Versteigerung des Geschäftshauses von Gebr. Krüger in der Schnurgasse wurde das Anwesen um 11 Millionen M, zuzüglich aller Kosten und Steuern von einem Engländer gekauft.

(S.C.B.) Friedrichshafen, 10. Febr. Kriminalbeamte der hiesigen Polizeidirektion machten Wahrnehmungen über einen jungen Mann, die sie veranlaßten, sich seiner nach krimineller Art anzunehmen. Trotdem ihm nachgewiesen werden konnte, daß er eine Woche zuvor noch mittellos war, wollte er raffiniert den Besitz des bei ihm vorgefundenen Geldes rechtfertigen. Im Kreuzverhör stellte es sich dann heraus, daß es sich um einen jungen Dieb handelte, der in einem Orte in der Schweiz einige Tage vor seiner Festnahme auf dem Bettelgang Gelegenheit gefunden hatte, einen höheren Geldbetrag in Franken und Gold zu stehlen. Mit dem Raub schlich er sich sofort über die Grenze, um sich hier als reicher Mann sein Leben einzurichten. Er besaß annähernd 2 Millionen Mark und hatte sich flott eingekleidet. Nach den Feststellungen hatte er bereits nahezu 1 Million Mark verbraucht.

(S.C.B.) Friedrichshafen, 10. Febr. Unterlehrer Wilhelm Eisele machte mit einer größeren Gesellschaft einen Ausflug nach Wolfshagen. Bei der Heimkehr geriet er infolge der herrschenden Dunkelheit in die hochgehende Schussen, ohne daß es von seinen Begleitern gesehen wurde. Die an den letzten drei Tagen vorgenommenen Auffindungsversuche blieben erfolglos. Es muß angenommen werden, daß die wilden Wasser den Unglücklichen in rasendem Tempo dem Bodensee zugetrieben haben.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Bericht der Stuttgarter Börse.
(S.C.B.) Stuttgart, 9. Febr. Die Tendenz des amtlichen Verkehrs war fest, wenn auch teilweise Abgabeneigung vorhanden war. Bankaktien nicht einheitlich: Württ. Bankakt. — 1800 Pr. (9200), Hypothekbank + 100 Pr. (8000), Notenb. + 2500 Pr. (33 000), Vereinsb. — 500 Pr. (14 500), Brauereiwerte fest: Brauhaus Ravensb. + 880 Pr. (5800), Brauerei Ehlingen + 500 Pr. (7500), Hohenz. + 3000 Pr. (28 000), Textilwerte sehr fest: Rammgarn Bietigh. + 15 000 Pr. (60 000), Kolb u. Schüle + 5000 Pr. (40 000), Baumwolle Kuchen + 2000 Pr. (40 000), Württ. Kattun + 7000 Pr. (82 000). Maschinenwerte nicht einheitlich: Daimler — 1800 Pr. (22 200), Hesser — 400 Pr. (24 500), Redarjumer Fahrz. + 5700 (30 700), Metallwerte fest: Junghans + 5500 Pr. (67 000), Cement Heidelberg + 3000 Pr. (35 000), Sohner + 8000 Pr. (88 000), Stuttgarter Zuder — 1500 Pr. (24 000), Ziegel Ludwigsb. — 5000 Pr. (45 000). Der Freiverkehr war uneinheitlich und neigte zur Abschwächung.

Mehlpreis.
Die Süddeutsche Mühlenvereinigung hat den Richtpreis für Weizenmehl Spezial 0 auf 250 000 M ermäßigt.

Holzpreise.
(S.C.B.) Stuttgart, 9. Febr. Die Durchschnittserlöse der Staatsforstverwaltung vom Januar betragen: Für Nadelholzstammholz — Fichten und Tannen — 7700 Fm. 495 % (im Dezember 486 %) und Föhren und Lärchen 470 Fm. 477 % (423 %), Eichen 1 a 385 000 M, b 180 000 M, 2 a 260 000 M, c 135 000 M, 3 b 130 000 M, 4. Kl. 84 000 M, 5. Kl. 62 000 M, Nadelholzstangen, Bauftangen 1 a 6954 M, b 4775 M, 2. Kl. 3836 M, 3. Kl. 3361 M, Hagstangen 1. Kl. 2202 M, 2. Kl. 1331 M, 3. Kl. 1150 M, Hopfenstangen 1. Kl. 393 M, 2. Kl. 521 M, 3. Kl. 300 M, 4. Kl. 246 M, 5. Kl. 147 M, Eichenstämme für 1 Km. 92 000 M, Rotbuchen Nutzstämme 70 000 M, Kugel 67 000 M, Weißbuchen-Kugel 55 000 M.

Märkte.
(S.C.B.) Kottweil, 10. Febr. Dem Vieh- und Pferdemarkt waren zugeführt: 93 Pferde, 52 Ochsen, 66 Kühe, 153 Kinder, 28 Farren und 9 Kälber. Bezahlt wurde für Pferde 1—4 Millionen, für schwere Ochsen 5—8 Millionen, für jüngere Ochsen 2½—4 Millionen, je pro Paar. Für Kühe 1—3 Mill., für Kälberinnen 1½—3 Mill., Jungvieh 400 000 M bis 1 Mill., für Farren 1½—4 Mill. M. Der Handel war wegen der hohen Preise nicht besonders lebhaft. — Dem Schweinemarkt waren 237 Milch- und 3 Käuferf Schweine zugeführt. Bezahlt wurde für Milchschweine 120—200 000 M pro Paar, für Käuferf Schweine 150—190 000 M pro Stück.

Die drückenden Milchhandelsverhältnisse drücken leidvollendbar nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht kommen. D. Schüll.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seilmann Galm. Druck und Verlag der W. Vellhagen'schen Buchdruckerei Galm.

Bezirksbeamtenbund Calw. General-Versammlung

an Freitag, den 16. Februar 1923 im Wirtschaftslokale des „Babilchen Hof“ in Calw. Beginn 8 Uhr abds

Tagesordnung:
1. Beschlusfassung über den Satzungsentwurf.
2. Tagesfragen und sonstiges.
Der Vorsitzende.

Vorträge von Dr. Horch Vereinshaus abends 8 Uhr 13. (Jugend) 14. 15. Febr.

Leonberg. Ia Spezialmehl, Brotmehl Nr. 3 u. 4, Hafermehl empfiehlt. Abgabe solange Vorrat.

Wilh. Müller, „Rosa“, Mühlengabrikate, Fernsprecher 94.

In meiner Druckerei findet aufgeweckter Junge gute Lehrstelle als Schriftseher.

Georg Ellig, Buchdruckerei.

Schwarzen Gehrock-Anzug sowie

Paletot hat im Auftrag zu verkaufen R. F. Schulte jr.

Färberei Strubberg Chem. Waschanstalt.

Annahmestelle: Nane Schaible, Badstr.

Bei Verkäufen

erleidet man sehr leicht wirtschaftliche Schädigungen, die in der jetzigen Zeit besonders schwer empfunden werden.

Vermeiden

lassen sich solche Verluste leicht, wenn man sich eine Tages-Zeitung hält, die über Preisbildungen jeder Art berichtet.

Bestellen

Sie deshalb so bald als möglich das Latwer Tagblatt, das über alles Wissenswerte rasch und zuverlässig berichtet.

Die Vorteile

auf wirtschaftlichem Gebiet bringen den Bezugspreis reichlich wieder ein.

W. Forstamt Stammheim Nadelholzstangen - Verkauf.

Am Samstag, 17. Febr. 1923 nachmittags 2 Uhr im Gasthof zum „Bären“ in Stammheim aus Staatswald Feigenweg, Waldsteig, Hm. Neutegau, Ludeurauskopf, Hm. Weder, ad. Lindenraun-Coene u. Hang, Markthau, Vord. Weidertal und Querer Jagelstall: Baumt 9 45 la., 16.0 la., 1.295 la., 80 la., Kl.; Hagst.: 530 l., 1603 la., 480 la., Kl.; Hopfenst.: 420 l., 265 la. Kl. Losverzeichnisse von der Forstdirektion W. J. H. Stuttgart.

Ein- bis zweijährige Land-Hühner

zu kaufen gesucht. Von wem, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Zu kaufen gesucht:

1 guterhaltener Kleiderkasten, 1 vollständiges Bett, 1 Klavier.

Näheres zu erfragen auf der Geschäftsstelle ds. Bl.

Langholz kauft wieder hauptsächlich Föhren Teinach. Holzindustrie A.-G. Teinachtal.

Für den dortigen Bezirk habe ich

Alleinverkauf meiner geschützten Stallapothek Grafscho

(unentbehrlich für jeden Landwirt) geg. Provision oder auf eigene Rechnung zu vergeben. Gleichzeitig kann die Vertretung in

Milchseparatoren sowie meiner Feuerlöcher übernommen werden. Verandhaus Gerstellen (Württg.)

Der Reichs-Karlsruher den frand die durch sehen u und zum Die Franz die deut deutsche jezt auch Ruhrgebi Kohle u bereitung meistern dem Beso wurden, sich aber Pflichter Auch die Mädchen spruchung nen. Ab heit“, w Erfahrung arbeiter.

Die fr Ein Jahr

Karlsruh präsidenten mittag gegen Staatsminif Landes, die der Berufs- und kulturel hatten sich g ten und den gefunden. N ten Rem m dichen Staawie stets, a halten und Reichspräid mene Anspro ner unter de und trotz seit dem W macht haben beispiellos verlege, die und mit all wehrlose M innerte dar Prozente de biet mit der ternationalen keren Hohn Gegen den f und in Bad sachen Volk u Bewahrung sitigen Angr